

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. - Baumanagement

Postanschrift: Lilienthalplatz 7

Ort: Braunschweig

NUTS-Code: DE911 Braunschweig, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 38108

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabe.BMT-NMO@dlr.de

Telefon: +49 5312951000

Fax: +49 531295191000

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.dlr.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E64228898>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Eingetragener Verein e. V.

I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Forschung und Wissenschaft

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

DLR Braunschweig: Forschungswindpark Krummendeich, 30 119 54 - Infrastruktur

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45231000 Bauarbeiten für Rohrleitungen, Fernmelde- und Stromleitungen

II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die hier ausgeschriebenen Leistungen umfassen die Verlegung von Leerrohren zur Verbindung von Anlagen im Forschungswindpark mit Kabeln und einer Wasserleitung sowie die Verbindung bis zur nächstgelegenen öffentlichen Straße sowie eine weiterführende Kabeltrasse zum Anschluss an ein Umspannwerk.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE939 Stade

Hauptort der Ausführung:

21732 Krummendeich

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Leerrohrtrasse (Vergabe 60/20) - Bauarbeiten für Rohrleitungen, Fernmelde- und Stromleitungen:

Verlegung mehrerer Kabelleerrohrtrassen für den späteren Einzug von Kabelsystemen sowie Verlegung einer Trinkwasserleitung im Zuge des Projektes „Forschungswindpark Krummendeich“. Es sind mehrere Bohrungen vorgesehen sowie die Anbindungen an Anlagen in offener Bauweise. Es werden ca. 4,4km Kabelschutzrohr d 140 und ca. 6,8km Kabelschutzrohr d 200 in ca. 6,7km zu Bohrung verlegt. Der Kabeleinzug ist NICHT Bestandteil dieser Ausschreibung; die Leerrohre müssen jedoch uneingeschränkt den späteren Einzug ermöglichen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6) Geschätzter Wert**II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 9

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben****III.1) Teilnahmebedingungen****III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Für bietende Unternehmen, die ihren Firmensitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, gilt die Vorlage gleichwertiger Bescheinigungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem das Unternehmen ansässig ist. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen

zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

- Eigenerklärung des Bieters über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Werden für die Durchführung des Auftrags Nachunternehmer eingesetzt, sind von diesen im Auftragsfall zumindest Erklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß VOB/A § 6e EU vorzulegen.

- Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Der Bieter hat folgende Unterlagen auf gesondertes Verlangen innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer des Sitzes oder Wohnsitzes oder vergleichbar, soweit die Eintragung in das Register nach den gesetzlichen Bestimmungen des Mitgliedstaates, in dem der Bewerber seinen Sitz hat, vorgeschrieben ist.

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen.

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkassen, soweit der Betrieb beitragspflichtig ist.

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

- Freistellungsbescheinigung nach §48b Einkommensteuergesetz

- ggf. rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan

Die Vergabestelle ist berechtigt, weitere Auskünfte betreffend die Eignung des Bewerbers auch durch eine auf die Vergabe bezogene Nachfrage beim Gewerbezentralregister einzuholen. Bei ausländischen Bewerbern ist die Vergabestelle berechtigt, im Herkunftsland des Bewerbers entsprechende Auskünfte einzuholen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Umsatz des Bieters/ der Bietergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die während des gesamten Leistungszeitraums über eine die vertraglichen Leistungen abdeckende Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensereignis in Höhe von 5 Mio. € für Sachschäden und 3 Mio. € für Personenschäden verfügen. Die Versicherung ist bei einem in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Versicherungsunternehmen abzuschließen. Im Auftragsfall ist dem Auftraggeber ein entsprechend gültiger Nachweis vorzulegen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerber-/Bietergemeinschaften. Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften ist von jedem Mitglied die Eignung bezogen auf die jeweils vorgesehene Aufgabe in der Gemeinschaft separat nachzuweisen.

- Beabsichtigt ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft Kapazitäten anderer Unternehmen als Eignungsleihe gemäß § 6d EU VOB/A zu nutzen, muss er für jedes einzelne in Anspruch genommene Unternehmen eine Verpflichtungserklärung vorlegen, wonach die zur Verfügung gestellten Kapazitäten dem Bewerber/Bieter für die Ausführung des konkreten Auftrags auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Bei Eignungsleihe ist mit Abgabe des Angebotes von jedem Eignungsgeber dessen Eignung bezogen auf den jeweilig ausgeführten Leistungsbereich nachzuweisen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Zertifizierung nach DVGW GW 321 GN 2 A oder DVGW GW 321 GN 2 B

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Gemäß Vergabeunterlagen.

Verfahrenssprache ist Deutsch. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Mit der Abgabe des Angebotes erklärt der Bieter, dass alle am Verfahren Beteiligten des eigenen Unternehmens sowie die beteiligten Beschäftigten etwaiger benannter Nachunternehmen der deutschen Sprache ausreichend mächtig sind und eine reibungslose Kommunikation zwischen ihnen und dem Auftraggeber auf Deutsch erfolgen kann.

Abschnitt IV: Verfahren**IV.1) Beschreibung****IV.1.1) Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben**IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 09/02/2021

Ortszeit: 10:30

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 07/04/2021

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 09/02/2021

Ortszeit: 11:15

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Nur Vertreter des Auftraggebers

Abschnitt VI: Weitere Angaben**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) Zusätzliche Angaben:

keine

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53133

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

Internet-Adresse: www.bundeskartellamt.de

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das deutsche Vergaberecht regelt die Frist für die Einlegung von Rechtsbehelfen in §160 Absatz 3 GWB.

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegen über dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Baumanagement

Postanschrift: Lilienthalplatz 7

Ort: Braunschweig

Postleitzahl: 38108

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabe.BMT-NMO@dlr.de

Telefon: +49 531295-1000

Fax: +49 531295-191000

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

04/01/2021